



Walter Schilling

Politikwissenschaftler, von 1988 bis 1991 deutscher Militärattaché in Moskau

Die neue Art der Konfliktaustragung des Westens. Über Illusionen und Realitäten beim Regime Change*

Wer heute die internationale Arena beobachtet, wird nicht umhin können, die Entwicklung Chinas zur Weltmacht und den Wiederaufstieg Russlands anzuerkennen. Dabei sind nicht nur die Charakteristika dieser Prozesse bemerkenswert. Es fällt auch die Eigenart der Reaktionen westlicher Länder auf. Abgesehen von der direkten, professionell betriebenen und machtorientierten Teilhabe an der internationalen Politik demonstrieren sowohl China als auch Russland nicht nur die besondere Identität ihrer politischen Systeme. Die Eliten dieser beiden modernen Nationalstaaten vertreten ihre Interessen auch in einer Weise, die viele Politiker in westlichen Ländern nach Mitteln und Methoden suchen lassen, auf die Gesellschaften Chinas und Russlands direkt einzuwirken. Vor diesem Hintergrund wird seit einigen Jahren von führenden westlichen Ländern eine Politik des „Regime Change“ und eine neue Art der Konfliktaustragung betrieben.

Chancen für „Regime Change“ in Russland?

Zwar haben einige westliche Länder in jüngster Zeit versucht, die machtorientierte Politik Chinas zu durchkreuzen, indem man regimekritische Gruppen im Lande unterstützte oder in Hongkong eine politische Eigenständigkeit erzwingen will. Jedoch hat sich die chinesische Elite dank ihrer Entschlossenheit, Geschicklichkeit

* WeltTrends. Das außenpolitische Journal, Nr. 173, März 2021, 29. Jahrgang, S. 19–22.

und Härte immer wieder durchgesetzt. Im Gegensatz dazu scheint man in einigen westlichen Staatskanzleien überzeugt zu sein, dass die Politik des „Regime Change“ gegenüber Russland erfolgreich sein könnte. In der Tat erscheint es auf den ersten Blick verführerisch, den von westlicher Seite massiv unterstützten „Regime Change“ in der Ukraine in den Jahren 2013 und 2014 zum Maßstab zu nehmen. Doch zum einen hatte das westliche Vorgehen gegenüber der Ukraine einen hohen Preis. Zudem ist das Ringen um die politische Ausrichtung der Ukraine noch nicht zu Ende. Zum anderen ist es nach der Schwächeperiode Russlands unter Präsident Jelzin in den 1990er Jahren seinem Nachfolger Wladimir Putin gelungen, den Wiederaufstieg der früheren Weltmacht zu schaffen. Das war eine historische Leistung. So treffen jene politischen Kräfte in westlichen Ländern, die meinen, einen Regimewandel in Russland herbeiführen zu sollen, auf zunehmende Gegenwehr der dortigen Elite. Zwar sehen wir dort noch nicht die Entschlossenheit und Härte wie in China. Gleichwohl ist der Führung Russlands seit Jahren bekannt, dass speziell geschulte und finanziell wie technisch vor allem von verschiedenen US-amerikanischen und britischen Nachrichtendiensten gut ausgestattete Kräfte umfangreiche Netzwerke in Russland unterhalten. Damit soll das Regime von innen heraus verändert werden. Es wird sich vor dem Hintergrund der von westlichen Ländern verhängten Sanktionen und der in Russland zu beobachtenden Versuche mancher „Aktivisten“, mit immer subtileren Vorgehensweisen einen „Regime Change“ zu erzwingen, noch zeigen, ob die bisherigen Maßnahmen der russischen Regierung ausreichen, um die Stabilität des Landes zu garantieren. Ob die rigorose Vorgehensweise, die von einigen Vorfeldorganisationen der russischen Sicherheitsbehörden gegen öffentlichkeitswirksam engagierte Regime-Gegner, wie Alexej Nawalny, angewandt wird, eine sinnvolle Strategie ist, um der neuen, von westlichen Ländern eingeführten Art der Konfliktaustragung Rechnung zu tragen, muss sich noch erweisen.

Moskau zieht Lehren aus dem „Fall Nawalny“

Die Vorgänge um den „Fall Nawalny“, insbesondere die Bemühungen einiger westlicher Nachrichtendienste und sogenannter „Investigations-Journalisten“, das russische Regime herauszufordern, zeigen, wie weit die neue Art der Konfliktaustragung schon gediehen ist. In der Tat haben sich die Vertreter des britischen Investigativportals „Bellingcat“ und des russischen Online-Mediums „The Insider“ sowie die Rechercheure anderer Medien sehr angestrengt, um das Vorgehen der russischen Sicherheitsbehörden gegen den wohl bekanntesten Regime-Gegner nachzuzeichnen. Viel erreicht haben sie jedoch nicht. Der „Aktivist“ Nawalny konnte sich zwar in Szene setzen. Er dürfte aber nunmehr in Russland kaum noch ein Betätigungsfeld finden. Darüber hinaus zeigen diese Vorgänge der Führung Russlands, wie vielseitig und weitreichend die politische und finanzielle Rückendeckung aus dem Westen ist, mit der einzelne „Aktivisten“ und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in Russland agieren. Es wäre nur folgerichtig, wenn die Führung in Moskau ihre Anstrengungen zur Aufklärung der im Lande arbeitenden Netzwerke und Organisationen verstärkt sowie die Sicherheitsgesetze verschärfen und

konsequenter anwenden wird. Zudem wird die russische Regierung wohl mehr tun müssen, als spiegelbildliche Gegensanktionen für einige besonders aggressive westliche Länder zu verhängen.

Abgesehen von dem entschlosseneren Vorgehen zur Absicherung des eigenen Regimes wird die Führung in Moskau auch die Einmischung in dem Ringen westlich inspirierter Gruppen um die Macht in dem mit Russland eng verbundenen Belarus nach der umstrittenen Präsidentenwahl am 9. August 2020 nicht hinnehmen. Angesichts der Erfahrungen im Zuge der „Maidan-Revolution“ in der Ukraine dürfte man in Moskau die von westlichen Ländern unterstützte spezifische Form des politischen Engagements in Belarus als eine weitere Gefährdung der eigenen Stabilität sehen.

Man sollte sich in den westlichen Staatskanzleien keine Illusionen darüber machen, dass die Versuche mancher Regime-Gegner in Belarus und in Russland, mit Hilfe auswärtiger Unterstützung einen „Regime-Change“ herbeizuführen, dank der zuweilen rigorosen Vorgehensweise der dortigen Regierungen scheitern werden. Wenngleich die ersten Reaktionen der betroffenen Regierungen nicht immer professionell erscheinen, finden die Machthaber letztlich doch Maßnahmen und Methoden, die wirksam sind, um ihre Interessen durchzusetzen.

Der Diplomatie eine neue Chance!

Mit Blick auf die Gefahren und die Kosten der westlichen Politik des „Regime Change“ wäre es angebracht, nach sinnvollen Alternativen für die Beziehungen mit Moskau zu suchen. Es kann nicht im Interesse der westlichen Länder liegen, einen lang andauernden Konflikt mit Russland über die Ukraine, Belarus oder die Gegnern in Russland zu führen. Es ist höchste Zeit, der Diplomatie eine neue Chance zu geben, die gewachsenen Realitäten anzuerkennen und einen „modus vivendi“ in den wichtigsten Streitfragen anzustreben. Für Moskau dürfte es nützlich sein, die Initiative zu ergreifen und Angebote zu machen, die von den westlichen Ländern kaum zurückgewiesen werden können. Der lange vernachlässigte Bereich der Rüstungskontrolle wäre hier ein sinnvoller Ansatzpunkt. In Anbetracht der ausgeprägten Tendenz in den USA, neue Nuklearwaffen zu entwickeln, mit Gefechtsköpfen geringeren Formats auszustatten und für die Anwendung handhabbarer zu machen, erscheint es längst überfällig, diesen gefährlichen Rüstungsprozess diplomatisch einzuhegen.

